

Soziale Gerechtigkeit und Solidarität: Ausgangspunkte für eine erneuerte SPD („Erklärung von Haltern“)

Die Sozialdemokratie, die wir brauchen

Das Motto des Kasseler Kreis „Starke Gewerkschaften. Starke SPD. Soziale Zukunft gemeinsam gestalten.“ steht für die Notwendigkeit der Sozialdemokratie, auch als Bewegung, die auf Grundlage ihrer Grundwerte, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, Politik für die abhängig Beschäftigten und ihre Angehörigen vordenkt und gestaltet.

Ziel muss daher sein, das Vertrauen der sozialdemokratisch gesinnten Wähler*innen zurückzugewinnen. Die aktiven, abhängig Beschäftigten in unserer Republik machen eine Zielgruppe von rund 42 Millionen Menschen aus. Das Erwerbspersonenpotential umfasst weitere 5 Millionen Menschen. Rund 25 Millionen Menschen erhalten Rente, also Zahlungen direkt abgeleitet und finanziert durch Erwerbsarbeit. Diese Zielgruppen müssen wieder in die bestimmende Mitte der SPD rücken. Nicht nur die abzeichnende „vierte industrielle Revolution“ verlangt nach einer kollektiven Gestaltung der Arbeitswelt, der Wirtschaft und der Gesellschaft im Sinne der Beschäftigten.

Vor diesem Hintergrund formulieren wir folgende Anforderungen an sozialdemokratische Politik, die zur Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit beitragen:

(1) Arbeitspolitik muss sozialdemokratisches Breitbandthema sein

Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft maßgebliche Basis der materiellen Existenz und Ausgangspunkt für Würde, Zufriedenheit, Anerkennung und Gesundheit. Das gilt insbesondere dort, wo Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen zu einer für beide Seiten akzeptablen Vereinbarung, durch einen Tarifvertrag, über zu leistende Arbeit und Gegenwert gelangen. In allen anderen Fällen sinken das Niveau der materiellen Existenz oder/und Würde, Zufriedenheit, Anerkennung und Gesundheit des Einzelnen.

Das Ziel sozialdemokratischer Arbeitspolitik bleibt die Vollbeschäftigung, die Mitbestimmung, auskömmliche Löhne und soziale Sicherheit. Auskömmliche Löhne bilden dabei sowohl die materielle Grundlage für ein würdevolles Leben als auch für soziale Sicherheit. Soziale Sicherungssysteme sind entscheidend abhängig von den gezahlten Löhnen – entweder von den prozentualen Beiträgen oder von den direkten und indirekten Steuern. #

Erwerbsarbeit unterliegt immer dem gesellschaftlichen Wandel. Die Deregulierung der Arbeit und der Abbau von sozialen Sicherungssystemen hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten dazu geführt, dass immer mehr Menschen ihre Arbeit unter Wert anbieten müssen. Zudem nutzen Unternehmen gesetzliche Möglichkeiten aus, um für sich eine höchstmögliche Flexibilisierung zu erreichen. Die Stückelung und Aufteilung von Unternehmen in eigenständige Unternehmen erschwert die Arbeit für Betriebs- und Personalräte. In globalen Wertschöpfungsketten werden Beschäftigte in mehreren Ländern gegeneinander „ausgespielt“. Berufsanfänger*innen, geringqualifizierte Beschäftigte sowie Frauen sind besonders anfällig für prekäre Beschäftigung.

Der Brennpunkt der Anforderungen an eine sozialdemokratische Politik – aus Sicht sozialdemokratischer Gewerkschafter*innen - liegt auf einer deutlichen Verbesserung der Rahmenbedingungen für alle Arbeitnehmer*innen. Aus Studien wissen wir, dass Frauen und Männer nicht mehr daran glauben, durch kollektives Handeln ihr Leben positiv gestalten zu können. Sie haben häufig ihre kollektiven Ansprüche auf individuelle Wünsche reduziert. Die geringere Wahlbeteiligung und abnehmende Mitgliedschaften in politischen Organisationen sind Ausdruck dessen.

Die vierte industrielle Revolution wird unsere Arbeitswelt stark verändern, auch in den Dienstleistungen. Sie schafft neue Produkte, Geschäftsmodelle und Arbeitsformen. Für viele Beschäftigte wirkt sich diese Entwicklung bereits durch einen zunehmenden Leistungsdruck und eine allumfängliche Arbeitsbereitschaft zu jeder Zeit und an jedem Ort aus. Die Zunahme der Krankheitstage infolge von Burn-Out und Depressionen sind Folge dessen. Die Arbeitswelt 4.0 kann nicht allein durch Gewerkschaften oder Betriebs- und Personalräte geregelt werden – vielmehr muss sie in einem partnerschaftlichen Austausch zwischen Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden gestaltet werden. Die SPD muss dabei die erste Ansprechpartnerin für die Gewerkschaften sein, um die Rahmenbedingungen für sozialpartnerschaftliches Handeln auf nationaler und europäischer Ebene zu setzen.

Die Herausforderungen in der Arbeitswelt 4.0, machen eine Anpassung gesetzlicher Mitbestimmungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer*innen notwendig. Wir benötigen eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung und fordern eine Überführung der gewerkschaftlichen Empfehlungen in gesetzliche Regelungen. Die wichtigsten Kernforderungen aus unserer Sicht sind:

- Das Normalarbeitsverhältnis im Sinne der „Guten Arbeit“ muss weiterhin normative Prägestkraft haben.
- Die Zeitsouveränität von Beschäftigten und die individuellen Flexibilitätsbedürfnisse von Frauen und Männern müssen Teil der Arbeit der Zukunft sein.
- Die Arbeit der Zukunft darf nicht „Rückschritt der Sozialstandards“ bedeuten. Eine Novellierung des Arbeitszeitgesetzes darf es nicht zu Lasten der Beschäftigten geben und somit der Entfesselung einer entgrenzten Verfügbarkeit für Unternehmen „Tür-

und-Tor“ öffnen. Neue Wege bei Arbeitszeitregelungen darf es nur in tarifgebundenen Unternehmen geben.

- Der Schutz von Beschäftigten, die einen Betriebsrat oder einen Personalrat gründen wollen, sowie die Strafregelungen für Unternehmen, die eine Gründung aktiv behindern, sind auszuweiten. Die Gründung eines BR/PR ist zu erleichtern. Eine BR/PR-Gründung zu behindern, ist kein Kavaliersdelikt. Dies muss daher konsequent strafrechtlich verfolgt und mit hohen Strafen belegt werden.
- Der Betreuungsbereich der Mitbestimmungsgremien muss konsequent auf alle Beschäftigte des Betriebes erweitert werden, also auch auf die sog. Randbelegschaften, um eine Zwei/Drei-/Mehr-Klassen-Belegschaft zu vermeiden. Mitbestimmungsrechte müssen auch für Unternehmen ausländischer Rechtsform gelten, die in Deutschland operativ tätig sind.
- Um einer Tarifflicht durch eine Ausgliederung von Tätigkeiten in neugegründete Unternehmen vorzubeugen, ist die Idee der arbeitsrechtlichen Organschaft anzuregen.
- Die Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte beim Einsatz von Werkvertragsarbeiter*innen sind zu stärken. Der Einsatz von Werkvertragsarbeiter*innen zur Umgehung tariflicher oder betriebsverfassungsrechtlicher Regelungen muss verboten werden.
- Die Arbeitslosenversicherung ist zu einer Arbeitsversicherung weiterzuentwickeln. Sie muss weiterhin gegen ökonomische Folgen von Arbeitslosigkeit schützen. Zugleich fördert die Arbeitsversicherung die Weiterbildung und Qualifizierung von aktiven Arbeitnehmer*innen. Dieses System muss offen und anschlussfähig sein für tarifvertragliche Regelungen. Gerade für Beschäftigtengruppen in prekären Anstellungsverhältnissen müssen die Rahmenbedingungen verbessert werden.
- Die SPD muss weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, Erwerbslose in Arbeit zu bringen. Niemand darf abgeschrieben werden.
- Eine enge Verzahnung der SPD mit den Gewerkschaften im DGB ist anzustreben, um anstehenden Herausforderungen gemeinsam anzugehen und in notwendige gesetzliche Regelungen zu gießen. Der Dialogprozess des BMAS ist ein gutes Beispiel. Dieser Weg muss verstetigt und ausgeweitet werden.
- Im Mittelpunkt der Debatte zur „Zukunft der Arbeit“ müssen der Mensch und der Wert der Arbeit stehen.
- Die Betriebsverfassung und das Personalvertretungsrecht müssen an die Anforderungen der digitalen Arbeit angepasst werden.
- Angesichts der Wanderungsbewegungen in und zur EU hin - auch nach Deutschland - müssen die Zugänge zur und Integration in Arbeit für alle Menschen abgesichert werden.

Die SPD muss der Bedeutung der Arbeitspolitik auch in ihrer Parteiarbeit Rechnung tragen und dies zum Schwerpunkt ihres Regierungshandelns auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene sowie der innerparteilichen Bildungsarbeit machen.

(2) Bildungspolitik – über Schule und Hochschule hinaus

Die „vierte industriellen Revolution“ verlangt nach einem „Mehr an Bildung“ für alle Menschen. Denn die Entwicklung der all-durchdringenden Digitalisierung wird weiter fortschreiten. Einfache Tätigkeiten mit niedrigen Qualifikationsanforderungen werden weiter durch intelligente Systeme ersetzt, während die qualifizierte Facharbeiterebene an Bedeutung gewinnen wird. Zudem findet ein Wandel zu mehr Dienstleistungsgesellschaft bei gleichzeitigem Erhalt des industriellen Kerns statt. Lebenslange Aus- und Weiterbildung wird zur Grundlage für den Einzelnen, das Unternehmen und die Gesellschaft insgesamt, um leistungsfähig zu bleiben und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Die Bildungsangebote in den Kitas, Schulen, Berufsschulen und Hochschulen, aber auch die betriebsinterne Aus- und Weiterbildung müssen auf die anstehenden Entwicklungen ausreichend vorbereitet werden. Dazu gehört es, auch die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rahmenbedingungen sowie deren Veränderbarkeit zu verstehen. Die reine Fixierung auf ökonomische Verwertbarkeit darf in einer sozialen und demokratischen Gesellschaft kein Ziel darstellen. Die wichtigsten Kernforderungen aus unserer Sicht sind:

- Notwendig ist eine Revitalisierung der politischen Bildung in Schulen sowie in außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung, um die Zusammenhänge in der Welt der Arbeit und Gesellschaft insgesamt erklärbar und als gestaltbar wahrnehmen zu können. Mit diesem Auftrag muss auch die politische Arbeit der sozialdemokratischen Bildungsvereine erneuert und ausgebaut werden.
- Geboten ist die Stärkung der beruflichen und dualen Bildung durch Ausweitung der Reichweite des Berufsbildungsgesetzes auf alle Ausbildungsberufe. Dabei spielen die Berufsbildungsausschüsse, die gebildet werden aus staatlichen Ebenen, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, eine Schlüsselrolle. Darüber hinaus müssen Gewerkschaften uneingeschränkten Zugang zu den Orten der beruflichen Bildung erhalten.
- Die „duale Ausbildung“ ist weltweit Vorbild in Sachen beruflicher Bildung. Sie gilt es zu stärken, auszuweiten, fit für die Zukunft zu machen sowie für alle schulischen Abschlüsse zu garantieren. Die duale Berufsausbildung muss attraktiv für junge Menschen und Unternehmen sein und Chancen für den weiteren beruflichen Aufstieg bieten. Eine ständige Überarbeitung der Ausbildungsberufe und die Prüfung auf Zukunftsfähigkeit sind dabei unerlässlich.

- Zur besseren Verwirklichung beruflicher Entwicklungsoptionen müssen Unternehmen die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter fördern. Dies gilt es mittels betrieblicher oder tarifvertraglicher Regelungen zu gestalten. Ein gesetzlicher Anspruch auf Bildungszeit (bezahlte Freistellung für die berufliche Fortbildung) ist unser Ziel.
- Die SPD soll dafür Sorge tragen, dass die Akzeptanz für Bildungsurlaub bei Arbeitgebern und Arbeitnehmer*innen gesteigert wird.
- Sozialdemokratische Bildungspolitik darf nicht nur für ein kostenloses Studium stehen, sondern muss auch die berufliche Weiterbildung in den Brennpunkt rücken. Beispielsweise müssen Techniker- und Meisterschule zukünftig kostenlos werden.

Politische Bildung muss wieder den Stellenwert erhalten, der so vielen Sozialdemokrat*innen und Gewerkschafter*innen geholfen hat, unseren Sozialstaat zu schaffen und weiter zu entwickeln.

(3) Tarif- und Sozialpartnerschaft als Säulen unseres Sozialstaats

Unser Sozialstaat ist weit mehr als nur die soziale Abfederung des Kapitalismus, mehr als die soziale Marktwirtschaft und auch mehr als nur die Tarifpartnerschaft. Der Sozialstaat beinhaltet auch die Arbeitsbeziehungen im Ganzen, früher als industrielle Beziehungen bezeichnet. Das Zusammenwirken von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern auf Augenhöhe stärkt das Innenverhältnis von Unternehmen und Verwaltungen. Dabei ist es notwendig, dass die Sozialpartnerinstitutionen in Unternehmen und Verwaltungen Hand in Hand mit den Sozialpartnerinstitutionen in der beruflichen Bildung und den Sozialversicherungen arbeiten können. Dies ist, neben der Gesetzgebung die Voraussetzungen dafür, dass faire Rahmenbedingungen auf gleicher Augenhöhe gestaltet werden können. Doch nimmt die Prägekraft der Tarif- und Sozialpartnerschaft ab. Unternehmen und Verwaltungen stehlen sich aus der Verantwortung, die Gewerkschaften drohen ihren Verhandlungspartner zu verlieren. Immer weniger Menschen fallen unter einen gültigen Tarifvertrag. Dieser Trend muss umgekehrt werden, damit der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft Bestand hat. Ein wichtiges sozialdemokratisches Ziel ist daher die Stärkung der Sozialpartnerschaft und ihrer Institutionen. Unsere Kernforderungen sind daher:

- Für die Arbeitgeber sollte eine Offenlegungspflicht entwickelt werden, ob und in welchem Arbeitgeberverband und ob sie Mitglieder ohne Tarifbindung sind.
- Bezüglich der Gesetzgebungsprozesse in allen sozialpolitischen Bereichen muss das Prinzip „Sozialpartner zuerst“ umfänglich eingeführt werden. Das insbesondere bei Gesetzen und Verordnungen, die die Sozialversicherungen betreffen, deren Träger die Arbeitgeber*innenverbände und Gewerkschaften sind.

- Die Sozialversicherungswahlen müssen reformiert und dabei die Gewerkschaften gestärkt werden, denn nur dadurch kann ein sozialpartnerschaftlicher Interessenausgleich mit den Arbeitgeber*innenverbänden organisiert werden.
- Die soziale Sicherheit muss als Preis der Flexibilisierung erhöht werden. Altern in Würde muss durch die Stabilisierung und Erhöhung des Rentenniveaus sichergestellt werden.
- Die Einführung einer Digitalisierungsrendite für Unternehmen und Dienststellen soll für die Absicherung der lebenslangen Fort- und Weiterbildung von Arbeitnehmer*innen genutzt werden.

Wenn die Institutionen der Tarif- und Sozialpartnerschaft nicht gestärkt werden, bleibt vom Modell Sozialpartnerschaft am Ende nur eine Hülse übrig.

(4) Die Wirtschaft, in der wir unseren Wohlstand erarbeiten

Wirtschaftspolitik ist ein wichtiges Feld, das SPD und Gewerkschaften zusammen bestellen können. Das Beispiel der Fusion von EDEKA und Kaisers/Tengelmann hat dies verdeutlicht. Und es hat gezeigt, dass dem Primat der Politik, auch der Wirtschaftspolitik, wieder mehr Respekt verschafft werden muss. Unternehmen müssen ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden, da sie auch Verantwortung dafür tragen, wie sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Konfrontationen mit Interessensvertretungen, Vermarktlichung der innerbetrieblichen Wertschöpfung, Ausgliederung und stetiger Wachstumsdruck führt langfristig zu einer systematischen Überlastung von Unternehmens-Organisationen und Menschen. Der Klassenkompromiss des Sozialstaats besagt, dass einerseits die Unternehmer*innen Gewinne machen dürfen, andererseits die Arbeitnehmer*innen am steigenden Wohlstand auskömmlich teilhaben sowie beide bei der Verwaltung des gemeinsamen Wohlstands gleichrangig Verantwortung tragen. Doch Produktivität und Lohnentwicklung sind nicht mehr im Lot. Privatisierungen, ererbte Vermögen und Unternehmenskonzentrationen mit ihren Machtverschiebungen tragen sehr dazu bei. Dem muss eine Weiterentwicklung der Wirtschaft Rechnung tragen, die zu einer gerechteren Verteilung von Geld und Macht führt. Unsere Kernforderungen dazu lauten:

- Deutschland muss ein zukunftsfähiger Industrie- und Dienstleistungsstandort bleiben. Dazu muss massiv in Innovationen, Qualifizierungen und Infrastruktur – technische wie soziale – investiert werden.
- Die öffentliche Daseinsvorsorge muss ausgebaut und weitgehend als öffentlich-rechtliche Körperschaften organisiert werden, denen Gewinnerzielung verboten ist.
- Das Genossenschaftswesen, insbesondere die Konsument*innen-Genossenschaften, muss ausgeweitet werden. Das betrifft vor allem die Wirtschaftsbereiche, die der

Versorgung der natürlichen Bedürfnisse, wie Wohnen, Nahrung und Gesundheit sowie Finanzen, betrifft.

- Der Erhalt von Arbeitsplätzen und tariflichen sowie betrieblichen Regelungen zählt zum Allgemeinwohl.

Verteilungspolitik muss wieder eine gängige Vokabel im sozialdemokratischen Sprachgebrauch werden.

(5) Sozialdemokratie muss ihr eigenes Handeln erneuern

Gute Politik zu gestalten heißt um Mehrheiten zu werben. Politik und Medien sind der Kritik ausgesetzt, die Sprache der Menschen nicht mehr zu sprechen. Technische Begriffe und aus taktischen Erwägungen verklausulierte Formulierungen führen dazu, dass Menschen die Politik als unnahbar begreifen. Eine einfache Sprache kann die Partei wieder tiefer in der Gesellschaft verankern. Gerade sozialdemokratische Politik muss diesem Ziel Rechnung tragen.

Eine gute Politik der Praxis stellt nicht nur Forderungen an Dritte. Der Lackmустest für die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Politik gegenüber den Menschen findet immer dort statt, wo Sozialdemokrat*innen bereits Einfluss auf die Arbeitsbedingungen und die soziale Sicherung der Erwerbstätigen haben. Wenn sie selber als Arbeitgeber*innen und Vorgesetzte*r oder in Unternehmensvorstände und Aufsichtsräte entsandt sind, müssen Sozialdemokrat*innen Vorreiter*innen für eine bessere Arbeitswelt sein. Bevormundende Politik verbietet sich. Vielmehr muss Politik mit Arbeitnehmer*innen und ihren Interessenvertreter*innen erarbeitet und umgesetzt werden, bis die SPD selbst wieder als Interessensvertretung der abhängig Beschäftigten glaubwürdig ist. Dies ist nicht nur eine Aufgabe für die Bundesebene und die dortigen Funktionär*innen und Mandatsträger*innen, sondern auch für die Kommunal-, Landes- und EU-Ebene. Es liegt in der persönlichen Verantwortung aller Genoss*innen entsprechend glaubwürdig zu handeln und für Glaubwürdigkeit über individuelle Taten hinaus Sorge zu tragen. Die Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft sowie die Einrichtung von Gewerkschaftsräten auf allen Parteebenen sollten selbstverständlich sein.

Zum Hintergrund

Der Kasseler Kreis –Forum sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter e.V. hat in den vergangenen Jahren die Ursachen des aktuellen Verhältnisses der SPD zu den Gewerkschaften analysiert. Eine Schlussfolgerung - und oftmals auch der Wunsch vieler sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter - ist, dass unsere Partei wieder mehr die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein muss. Um 2017 und darüber hinaus Glaubwürdigkeit zurückzuerlangen, muss die Partei die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstehen, aufgreifen und sie in sozialdemokratische Politik umsetzen. Denn fehlende Glaubwürdigkeit ist ein zentraler Punkt, der ein Erklärungsansatz zur derzeitigen Lage der Partei vor dem Hintergrund gleichbleibend niedriger Wahlumfragen darstellt. Der Kasseler Kreis e.V. setzt da an und hat auf seiner Herbsttagung in Haltern am See Anforderungen an ein sozialdemokratisches Politik formuliert, um ab jetzt bis 2017 und darüber hinaus Glaubwürdigkeit zurückzuerlangen. Nur so kann die SPD als echte Alternative für eine andere, den Menschen zugewandte Politik wahrgenommen werden. Aus Sicht der sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter haben wir die Erklärung von Haltern erarbeitet, die als Beitrag zum zukünftigen Handeln der SPD zu verstehen ist –wieder zu mehr Glaubwürdigkeit.